

Oktober 2019

Türkischer Invasionsversuch in Rojava (Nordsyrien) – Ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg

JXK - Studierende Frauen aus Kurdistan
YXK - Verband der Studierenden aus Kurdistan



Inhaltsverzeichnis

Hintergründe	3
Der völkerrechtswidrige Angriff auf Efrîn im Jahr 2018	4
Das Modell „Rojava“ und Abdullah Öcalan	5
Was sind Erdoğan's Ziele und welche Rolle spielt Deutschland?.....	6
Forderungen	8

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihnen liegt eine Kurzzusammenfassung bezüglich der aktuellen Ereignisse in Rojava (Nord-Ost-Syrien) und der dortigen Militäroffensive der Türkei vor. Uns ist es in diesem Dossier ebenso wichtig, die derzeitige Invasion der Türkei auch historisch zu kontextualisieren, in dem wir auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Efrîn im Jahre 2018 eingehen. Darüber hinaus umreißen wir ebenfalls die Rolle Abdullah Öcalans im Hinblick auf das basisdemokratische Gesellschaftsmodell in Rojava und legen kurz dar, warum der Türkei die Region Rojava ein Dorn im Auge ist und welche inakzeptable Rolle Deutschland bei alledem spielt. Abschließend finden Sie unsere Forderungen.

Am 9. Oktober 2019 setzte der türkische Staatspräsident seine Drohungen über einen Einmarsch in Rojava (Nordsyrien) um.

Trotz internationaler Kritik in der Öffentlichkeit, startete die Türkei einen Angriffskrieg gegen die Kurd*innen in Rojava und griff das Grenzgebiet mit Kampffjets und schwerer Artillerie an. Seitdem bombardiert die türkische Luftwaffe die Region und nimmt dabei gezielt Wohnviertel ins Visier. Bislang melden lokale Krankenhäuser hunderte Tote und über Tausend Verletzte.

Verteidigt wird die Region durch lokale Verteidigungseinheiten der Demokratischen Kräfte Syriens (SDF), welcher auch die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten der YPG und YPJ zugehören. Auch die Zivilbevölkerung stellt sich den Verteidigungseinheiten zur Seite und wehrt sich gegen den Angriffskrieg der Türkei.

Hintergründe

Seit Donald Trump den geplanten Abzug von amerikanischen Truppen aus Rojava (Nord- und Ostsyrien) im Dezember letzten Jahres US-Präsident verkündete, nutzt der türkische Präsident Erdoğan jede Gelegenheit, mit einem militärischen Angriff auf die selbstverwalteten Gebiete in Rojava (Nordsyrien) zu drohen. Am 06.10.2019 ordnete der US-Präsident Trump nach einem Telefongespräch mit Erdoğan einen vollständigen Abzug der US-Soldaten aus der Region an und sprach von der Möglichkeit, dem türkischen Staat die Verantwortung für

die gefangenen IS-Dschihadisten zu übertragen.

Über einen langen Zeitraum hinweg gelang es der Selbstverwaltung Rojava, eine Invasion durch das geschickte Nutzen der eigenen Stärke auf dem internationalen Parkett abzuwenden und somit die Drohungen Erdogans ins Leere laufen zu lassen. Dabei erklärte die Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien bei jeder Gelegenheit, keinen Krieg zu wollen und trieb als einzige Kraft diplomatische Lösungen voran. Im Zuge einer mit den USA und der Türkei verhandelten "Sicherheitszone" zogen sich die Einheiten der YPG/YPJ an der gesamten Grenze zur Türkei 5km tief in das Landesinnere zurück, entfernten alle schweren Waffen aus dem Grenzgebiet und beseitigten Verteidigungsstellungen und Bunker. Dies galt insbesondere für die Gegend um Serêkaniyê und Girê Sipî, welche nun besonders schweren Angriffen des türkischen Militärs und ihrer islamistischen Proxys ausgesetzt sind.

Nach dem Telefonat mit Donald Trump begann die Türkei am 9.10.2019 mit einer Luft- und Bodenoffensive an der Grenze Rojavas. Eine Offensive, die wie auch im Jahre 2018 in Efrîn (Afrin) erneut mit deutschen Waffen geführt wird; Firmen wie Rheinmetall, Mercedes, Thyssen Krupp, Heckler und Koch und Krauss-Maffei Wegmann haben stets gute Geschäfte mit der Türkei gemacht.

Verantwortlich macht sich für diese kriegerische Eskalation daher nicht nur der Hauptakteur Türkei, sondern zeitgleich auch die USA, sowie Deutschland. Damit ist Deutschland nicht nur erneuter Unterstützer dieses völkerrechtswidrigen Krieges, sondern eine klar positionierte Kriegspartei in diesem Konflikt.

Die ersten Tage der andauernden Angriffe zeigen, dass die türkischen Streitkräfte gezielt eine „ethnische Säuberung“ der Zivilbevölkerung und die Zerstörung von Lebensgrundlagen anvisieren. Wasserversorgungsanlagen, Talsperren, Elektrizitätswerke, Krankenhäuser und andere Versorgungseinrichtungen wurden durch massive Bombardements zerstört, zivile Wohnviertel dem Erdboden gleichgemacht. Die natürliche Umwelt, die Grundlage des menschlichen Lebens, ist stark von Luft- und Artillerieangriffen betroffen. Dutzende von Organisationen, die sich für ein ökologisch gerechtes, demokratisches und geschlechterbefreies Lebensmodell einsetzen und ihre Projekte, die zum Teil in Zusammenarbeit mit

zahlreichen internationalen Einzelpersonen und Nichtregierungsorganisationen aufgebaut wurden, sind ebenfalls bedroht. Wir erleben erneut, dass Krieg ein Verbrechen gegen Mensch und Natur ist. Der gegenwärtige Angriffskrieg gegen Rojava hat nun bereits mehr als 250.000 Menschen in die Flucht getrieben.

Der völkerrechtswidrige Angriff auf Efrîn im Jahr 2018

Mit europäischer Unterstützung startete das türkische Militär Ende Januar 2018 Luftangriffe, Chemieangriffe und Bombardements auf den kurdischen Kanton Efrîn in Rojava.

Hunderte Menschen wurden bei den Anschlägen der Türkei und ihren islamistischen Söldnern in Efrîn getötet. Hunderte von ihnen wurden verletzt, über 200.000 wurden vertrieben und flüchteten in benachbarte Städte. Mittlerweile ist Efrîn seit Monaten von türkischen Soldaten und ihren verbündeten islamistischen Milizen der FSA (Freie Syrische Armee) und NSA (New Syrian Army) besetzt. Ein Großteil der kurdischen Bevölkerung ist vertrieben, Verbliebene in den Scharia-Alltag unter türkischen Fahnen gezwungen. Vergewaltigung, Vertreibung, Verschleppung, Misshandlung, Plünderung, Zerstörung: Efrîn wurde zum Schauplatz von bestialischen Kriegsverbrechen. Die Türkei stieß dabei auf den Widerstand der SDF, YPG und YPJ.

Einzig und allein waren es auch diesmal die genannten Verteidigungseinheiten, die mit unendlicher Opferbereitschaft einen erbitterten Widerstand führten und für die Sicherheit der Zivilbevölkerung, die Befreiung der Stadt und die Verdrängung der Besatzer kämpften. Tausende Jugendliche ließen bei der Verteidigung von Efrîn ihr Leben. Nach drei Monaten evakuierten die Verteidigungseinheiten die Region anschließend, da Russland der Türkei letztlich die Lufträume über der Region öffnete und es der Türkei, damit ermöglichte, etliche Bomben über Efrîn regnen zu lassen.

Efrîn, ein Ort, der jahrelang einen Pfeiler der Rojava-Revolution bildete und ein Zufluchtsort für Hunderttausende Kriegsgeflüchtete war, wurde nach den Angriffen und monatelangen Gefechten zwischen den kurdischen Verteidigungseinheiten und den faschistischen Besatzern der Türkei zum Zentrum eines Krieges.

Als Anlass der Kriegsoffensive hatte die türkische Regierung Anfang 2018 unter dem Befehl

Erdoğan's die „Säuberung von Terroristen“ verkündet und sich auf das Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 der U.N.Charta berufen. Selbst der wissenschaftliche Dienst des Bundestages konnte jedoch keine handfesten Beweise für eine Bedrohung der Türkei aus Efrîn finden.

Neben den Stellungen der kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG/YPJ), war das Ziel der Offensive, ein Massaker an den dort lebenden Kurd*innen sowie eine Zwangsassimilierung, um weitere Grenzgebiete vollständig zu entvölkern und der türkischen Landkarte angliedern zu können.

Das türkische Militär besetzt derzeit noch immer das Zentrum von Efrîn, ihre Milizen ziehen raubend, vergewaltigend und mordend durch die Stadt und ihr Umland. Doch weiterhin befinden sich die Verteidigungseinheiten Rojawas in dem umkämpften Efrîn und melden regelmäßige Erfolge gegen die islamistischen Besatzer.

Wie oben kurz angeschnitten:

Deutsche Unternehmen sind in Efrîn Kriegspartei und Teil eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges gewesen. Damals wie heute stellt die Bundesregierung ihre Kooperation mit dem faschistischen AKP-Regime deutlich unter Beweis: Selbst nach dem Einmarsch türkischer Truppen in Rojava hat die BRD Rüstungslieferungen in Millionenhöhe an die Türkei genehmigt. Neben Waffen wie Gewehre, Panzer, Mörsergranaten und Raketen, wurden der Türkei für ihren Einmarsch auch militärische Fahrzeuge und andere deutsche Rüstungsgüter zur Verfügung gestellt. Damit trägt die Bundesregierung große Verantwortung für die kriegsrechtliche Eskalation in Rojava und macht sich damit mitschuldig an der genozidalen Militäroffensive.

Die Haltung der internationalen Staatengemeinschaft zu einem gegenwärtigen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf Rojava schwankt auch diesmal zwischen passiver Tatenlosigkeit und aktiver Unterstützung für den blutigen Kriegszug der Türkei.

Nicht in Sicht: ein Dank für die kurdisch angeführten Verteidigungseinheiten, die einen hohen Blutzoll dafür zahlten, um eine der größten gegenwärtigen Gefahren für die gesamte Welt - den Islamischen Staat - niederzuschlagen. Über 11.000 Menschen ließen im Kampf gegen die reichste Terrororganisation

ihr Leben - der Dank dafür: Ignoranz, Schweigen, aktive Kriegsunterstützung.

Das Modell „Rojava“ und Abdullah Öcalan

Um die aktuelle genozidiale Invasion besser zu verstehen, ist es von Nöten, einen Überblick über Rojava und das gelebte revolutionäre Gesellschaftsmodell zu geben, welches den Kriegstreibenden und -unterstützern ein Dorn im Auge ist. „Rojava“ (Kurdisch für „Westen“) bezeichnet die westlichen Gebiete in Kurdistan, die in Syrien liegen. Als der „arabische Frühling“ in Syrien begann, entschieden sich die Kurd*innen dazu, einen dritten Weg außerhalb von staatlichen Einflüssen einzuschlagen, den Aufbau des „Demokratischen Konföderalismus“.

Der Demokratische Konföderalismus ist ein politisches Modell, welches die Gleichberechtigung von Ethnien, Geschlechtern und Religionen anstrebt. Die gesellschaftliche Organisation im Demokratischen Konföderalismus ist die Selbstverwaltung, organisiert über Kommunen und Räte. Das Modell wurde von Abdullah Öcalan, in Anlehnung an zahlreiche Wissenschaftler*innen als konzeptioneller Vorschlag für ein konföderales, friedliches Zusammenleben der zahlreichen Völker und Religionen im Mittleren Osten entwickelt. Öcalans Ideen des Demokratischen Konföderalismus, dessen Grundpfeiler die Basisdemokratie, die Frauenbefreiung, Geschlechterbefreiung und ein ausgeprägtes ökologisches Bewusstsein sind, besitzen heute internationalen Charakter und verbreiteten sich weltweit. Ca. 4 Millionen Menschen lebten in Rojava, von denen derzeit knapp ein Viertel aufgrund von regelmäßigen Luftangriffen und Besatzungsversuchen der türkischen Armee und des Islamischen Staates auf der Flucht sind. In der Region leben hauptsächlich Kurd*innen, Assyrer*innen, Araber*innen sowie Christ*innen, Jüd*innen, Ezid*innen, Muslim*innen und Alevit*innen, friedlich miteinander.

Seit 7 Jahren wird in Rojava eine Revolution vollzogen, die über die Jahre hinweg mehrfach zur Zielscheibe von Luftangriffen und Besatzungsversuchen wurde. Als der IS mit türkischer Hilfe am 13. September 2014 in Kobanê einfiel und dort einen genozidalen Angriff startete und die multiethnische Bevölkerung, darunter auch kurdische Bevölkerung, einem

systematischen Massaker unterzog, trat der Name Kobanê in das Zentrum der Weltöffentlichkeit. Massaker, über 5000 Tote, unzählige Verwundete, Geflüchtete, Zerstörung, Vergewaltigungen, Vertreibung, Verschleppung, Misshandlung, Plünderung: Kobanê wurde vor den Augen der Öffentlichkeit zum Zentrum von bestialischen Kriegsverbrechen.

Die Entscheidung der Türkei, die derzeitige Invasion, die sich damit gegen das basisdemokratisch, geschlechterbefreit und ökologisch gelebte Gesellschaftsmodell in Rojava stellt, am 9. Oktober zu starten, ist nicht rein zufällig.

Diese Entwicklungen bestätigen die Perspektive von Abdullah Öcalan - wissenschaftlicher Vordenker und wichtiger politischer Repräsentant der kurdischen Freiheitsbewegung, der seit seiner Entführung am 15. Februar 1999 auf der Gefängnisinsel Imrali in Isolationshaft gehalten wird - , der in seinen Gesprächen mit seinen Anwalt*Innen im Frühjahr 2019 klar aussprach, dass es zwei Möglichkeiten des Handels der Türkei gäbe.

Die erste Möglichkeit wäre gewesen, Friedensgespräche mit Öcalan einzugehen. Dies aber würde eine dementsprechende Haltung der Türkei und den beteiligten Nationalstaaten voraussetzen. Nun zeigt sich aber wiederholt, dass die Türkei auf die zweite Möglichkeit, die Abdullah Öcalan aussprach, und damit wie altbekannt auf Krieg setzt.

In diesen Plänen sieht Erdoğan für sich das einzige Mittel, seine innenpolitische Stellung zu verbessern, während seine AKP Millionen an Mitgliedern verliert und die Türkei wirtschaftlich vor dem Ruin steht.

Egal, was sich der türkische Präsident Erdoğan ausmalt, die Realität einer solchen Invasion bedeutet derzeit, neben einem drohenden Genozid und der Vertreibung von Millionen Menschen aus ihrer Heimat auch weiteres Chaos in Syrien für eine unabsehbare Zeit.

Die kurdische Gesellschaft bezeichnet die Phase vom 9. Oktober 1998 bis zum 15. Februar 1999 als das „internationale Komplott“. Im Verlauf dieser Zeitspanne wurde Abdullah Öcalan zunächst in Syrien zur „persona non grata“ erklärt, und durchlebte anschließend eine Odyssee durch verschiedene Länder Europas, um schließlich in der kenianischen Hauptstadt Nairobi, aus der griechischen Botschaft verschleppt und völkerrechtswidrig an die Türkei übergeben zu werden.

Abdullah Öcalan entschied sich, revoltierend gegen die Leugnung der kurdischen Identität und Kultur, nach dem Militärputsch von 1971, mit Freund*innen über die kurdische Frage zu forschen.

1978 gründete er mit einer Gruppe von Studierenden die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Anfangs lag sein Interesse vor allem bei den politischen und kulturellen Rechten der Kurd*innen. Nach und nach erweiterte er dieses Interesse jedoch um einen größeren Rahmen, in welches er die Philosophie, Religion, Ökologie und die Gleichberechtigung der Geschlechter miteinbezog. Er entwickelte neue Ideen für einen Frieden und Zusammenhalt unter den Menschen im gesamten Mittleren Osten, für eine fortschrittliche Gesellschaft außerhalb von konservativen Zwängen, welche mit dem Gesellschaftsmodell in Rojava in die Praxis umgesetzt wurde, aber durch die derzeitigen Invasionsversuche gefährdet ist.

Außerdem wird deutlich, dass die Besatzerstaaten und auch die internationalen Hegemonialkräfte eine Gefährdung für ein alternatives Gesellschaftsmodell darstellen, so wie es in Rojava praktiziert wird. Der Aufbau eines basisdemokratischen ‚geschlechterbefreiten und ökologischen Systems und Bewusstseins werden massiv angegriffen und diese Realität wird kaum - auch von der deutschen Öffentlichkeit nicht - angeschnitten.

Jede Errungenschaft, die in 7 Jahren Rojava-Revolution erreicht wurde und die Stabilität und Freiheit in Rojava, sind einzig und allein durch die Kraft der Menschen vor Ort und den furchtlosen Widerstand von Tausenden Toten in den Reihen der kurdischen Verteidigungseinheiten entstanden.

Rojava ist somit zu einem Symbol der Hoffnung für Millionen von Menschen geworden. Die Dialektik zwischen der Verteidigung Rojavas und dem Eintreten für universelle Werte der Menschheit, verleiht dem Kampf sowohl einen globalen, als auch symbolischen Charakter. Millionen von Menschen auf der ganzen Welt erkannten, dass in Rojava auch ihre Werte und Ideen verteidigt werden und solidarisierten sich mit der basisdemokratischen Alternative.

Doch nun befindet sich Rojava in akuter Gefahr, jedoch entscheidet nicht die Türkei, sondern die internationale Gemeinschaft darüber, ob in Rojava Frieden einkehren kann.

Was sind Erdoğan's Ziele und welche Rolle spielt Deutschland?

Auch dem Erdoğan-Regime ist das Gesellschaftsmodell in Rojava schon länger ein Dorn im Auge: Zum einen, weil es die Errungenschaften der kurdischen Bevölkerung repräsentiert und die kurdenfeindliche Grundhaltung der Türkei diese Errungenschaften mit allen Mitteln bekämpfen will.

Zum anderen, weil Rojava nach den Prinzipien der Demokratischen Autonomie und den Ideen Abdullah Öcalans basisdemokratisch verwaltet wird und die Frauenbefreiung und ein ökologisches Bewusstsein zu den Grundprinzipien dieses Verwaltungsmodells gehören. Um die Etablierung dieses Gesellschaftsmodells zu unterbinden, ist der Türkei jedes Mittel recht.

Die Forderung der Türkei, einen 30 km breiten Streifen auf syrischem Territorium zu kontrollieren, hat ebenfalls eine strategische Komponente; denn ca. 30 Kilometer von der Grenze entfernt verläuft eine wichtige, internationale Handelsstraße, die vom Nordirak bis nach Aleppo führt. Mit der Kontrolle dieser Straße hätte die Türkei zum einen, die Handelskontrolle in der Region und zum anderen eine Verbindungsrouten für die mit der Türkei verbündeten Islamistenmilizen aus dem Nordwesten in den Nordosten.

Zudem verlaufen alle Straßen von Minbic über Kobanê, Tabqa bis Derik in der 30 km-Zone, sodass die Türkei alle Verbindungen zwischen den Städten für die ansässige Bevölkerung kappen könnte. Ein weiterer türkischer Plan ist es, künftig Erdöl aus Kirkuk und Deir ez-Zor an das Mittelmeer zu transportieren.

Dass die Türkei einen der größten Organisationsstützpunkte des sogenannten Islamischen Staates darstellt, ist der Weltöffentlichkeit kein Geheimnis mehr:

12.000 IS-Kämpfer, über 70.000 ihrer radikalisierten Angehörigen, sowie eine Dunkelziffer an Schlafzellen, die für lange Zeit unter der Kontrolle der Kräfte der YPG und YPJ und ihren lokalen Verbündeten standen, bzw. gefangen gehalten werden, werden nun schrittweise von der Türkei aus kurdischen Gefängnissen freigesetzt. Dies zeigt sich unter anderem in den Ereignissen der letzten Tage, wie z.B. die Fluchtversuche im al-Hol Camp, der Autobombe vor einem Gefängnis in Heseke,

wo IS-Mitglieder einsitzen sowie verstärkte Angriffe zusammen mit der türkischen Armee. 785 gefangene IS-Mitglieder und ihre Familien brachen zudem in den vergangenen Tagen aus dem Ain Issa-Camp aus, nachdem die türkische Luftwaffe durch gezielte Bombardements möglich machte, Korridore für die Dschihadisten zu öffnen. Dies gibt dem IS eine Möglichkeit zur Reorganisation und bedeutet damit eine erneute Gefahr für die gesamte Weltbevölkerung.

Wie reagiert die breite Öffentlichkeit in der Türkei?

Bereits bei der Vorbereitung der Kriegsoffensive spielte die türkische Regierung wieder mit nationalistischen Gefühlen der eigenen Bevölkerung. Dafür tourte Erdoğan erneut über die Bühnen des Landes und erzeugte unter der Zivilbevölkerung, durch regelmäßige Drohungen an Rojava eine hetzerische Stimmung gemäß: „Die Befreiung der Türkei liegt in der Besatzung Rojawas“. Im Schlepptau zieht Erdoğan beispielweise auch Fußballclubs wie "Trabzonspor" und Personen der Öffentlichkeit hinter sich, welche sich mit öffentlichen Statements über Social Media mit dem „bevorstehenden Erfolg“ ihrer vergewaltigenden und mordenden Soldaten schmücken. Zeitgleich wurden alle türkischen Staatssender gleichgeschaltet und berichten minütlich über eine „Friedensoperation“ in Nordsyrien.

Doch ein Angriff auf Rojava bedeutet ein Angriff auf Millionen von Menschen, die bereit sind, sich mit allen Mitteln gegen jede Invasion zu stellen. Erdoğan's Großmachtphantasien können also schnell zu seinem selbstgeschaukelten Grab werden.

Westliche Staaten, die bisher einen langsamen Zermürbungskrieg gegen die kurdische Freiheitsbewegung vorzogen, scheinen die Selbstvernichtung Erdoğan's gut vorherzusehen und üben über breite Medienkanäle zum ersten Mal Kritik an Erdoğan's Vorgehen.

An dieser Stelle dürfen wir aber nicht vergessen, dass genau diese Kritiker*innen bisher jede Abscheulichkeit Erdoğan's billigten und unterstützten, sei es die Zwangsabsetzung kurdischer HDP-Bürgermeister*innen, die Zusammenarbeit mit islamistischen Banden, wie dem IS oder der genozidalen Besetzung von Efrîn in Begleitung von deutschen Leopard II Panzern.

Historisch und auch gegenwärtig ist die Beteiligung der Bundesrepublik am Krieg gegen Kurd*innen da nicht wegzudenken:

Das am 16. März 1988 während des Massakers des irakischen Militärs an 5.000 Kurd*innen in Halabdscha (Südkurdistan/Nordirak) eingesetzte Giftgas wurde nachweislich mit Beteiligung deutscher Firmen produziert. Der Bundesregierung lagen zu dieser Zeit bereits Indizien dazu vor. Während dies in der deutschen Presselandschaft thematisiert wurde, zeigte die Bundesregierung kaum Bemühungen, den Fall aufzuklären.

Wenige Jahre später wurde die Türkei mit Rüstungsgütern aus Deutschland beliefert. Nach dem Mauerfall wurden unter anderem Schützenpanzer aus alten NVA- (Nationale Volksarmee-) Beständen an die Türkei geliefert, welche in der Folge ebenfalls gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt wurden. Seitdem Eintritts Deutschland in den Syrienkrieg 2016 liefert die Bundesregierung auch der Türkei, im Rahmen der Internationalen Koalition gegen den IS durchgeführte Aufklärungsflüge der Bundeswehr, wichtige Informationen, welche dem türkischen Militär ermöglichte, Angriffspläne zu konkretisieren.

Kurdische Aktivist*innen sind in Deutschland seit Jahrzehnten von massiven Repressionen betroffen. Allein die Mitgliedschaft in einem kurdischem Kulturverein reicht gelegentlich aus, um sich verdächtig zu machen. Fälle von Abschiebungen in die Türkei, in deren Folge Betroffene bei Ankunft in der Türkei festgenommen wurden, sind gängige Praxis.

Währenddessen sitzen Anhänger*innen der faschistischen, türkischen Ideologie der "grauen Wölfe" in kommunalen Integrationsräten und sind aktiv in Parteien eingebunden. Außerdem richtet die von der türkischen Religionsbehörde „Diyanet“ und somit die von Erdoğan kontrollierte Deutsch-Türkische-Islamische-Union (kurz: DITIB) in einigen Bundesländern den islamischen Religionsunterricht an deutschen Schulen aus, beherbergt etliche MIT-Agenten und wird mit Steuergeldern aus der Bundesrepublik gefördert.

Auf einer Wahlveranstaltung im Jahr 1997 sagte Erdoğan: “Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.” Diesbezüglich leistet die Bundesregierung durch ihre Kooperation mit DITIB Beihilfe zur

Durchsetzung Erdoğan's Interessen - auch in Europa.

Seit Jahrzehnten stehen kurdische Institutionen sowie politische und kulturelle Aktivitäten in Deutschland im Visier der Behörden. Personen, die sich mit Kurd*innen solidarisieren, werden ebenfalls von der Kriminalisierungspolitik erfasst. Gegen unzählige Privatpersonen laufen derzeit Strafverfahren aufgrund des Besitzes und des Zeigens von Fahnen.

Zum Hintergrund des Flaggenverbots:

Das durch den ehemaligen Innenminister De Maiziere in Umlauf gebrachte intensiviert Flaggenverbot von kurdischen Organisationen, Verteidigungseinheiten und Gruppierungen war eine direkte Antwort auf die Forderungen Erdoğan's, kurdischen Aktivismus in Deutschland zu bekämpfen und damit zusammenhängend Angriffe auf Kurd*innen zu legitimieren. Infolgedessen wurden bisher etliche Demonstrationen aufgelöst und massiv durch die Polizei angegriffen. Es kam zu hunderten von Anzeigen, Kesselungen, Verhaftungen und gewaltsamen Übergriffen auf Demonstrierende.

Ebenfalls reichten sich in den vergangenen zwei Jahren zahlreiche Polizeirazzien in kurdischen Einrichtungen mitsamt massiver Beschädigung der Inneneinrichtung und Hausdurchsuchungen politischer Aktivist*innen aneinander.

Die in Deutschland immer weiter zunehmende Kriminalisierung von Kurd*innen und ihrer Organisationen sowie Symbole ist gestützt auf einer systematischen Verfolgung, die besonders von der Türkei und ihren Bündnispartnern getragen wird. Demnach leistet die Bundesregierung den Forderungen der Türkei bedingungslosen Gehorsam.

All' diese Art von Kriminalisierungen sollen Kurd*innen und Solidarisierende gefährlich erscheinen lassen und eine Entsolidarisierung und Marginalisierung herbeiführen. Ein zunehmend angstbesetztes Klima wird dazu genutzt, um die Repressionsmöglichkeiten weiter auszubauen und durch gezielte Provokationen ein Bild eines aggressiven Mobs zu erzeugen. Hiermit soll eine Legitimation für ein generelles Verbot und gewaltsames Vorgehen gegen die Kurd*innen in Form von Prügelattacken, Verhaftungen und Pfefferspray-Einsätzen geschaffen werden.

Diese Eskalationspolitik bewerten wir als eine kaltblütige und gefährliche Legitimation der jahrzehntelangen Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan.

Darüber hinaus wurde Anfang des Jahres 2019 der „Mesopotamien Verlag“ und die Medienagentur „MIR Multimedia“, beide mit Sitz in Deutschland, verboten und somit die Verlegung kurdischer Literatur und Musik in Deutschland massiv erschwert.

Vor einigen Jahren wurde zudem bekannt, dass in Deutschland mehr als 6.000 Informanten des türkischen Geheimdienstes MIT aktiv sein sollen, welche den Repressionsdruck auf Menschen kurdischer Herkunft noch mehr erhöhen. All' dies in Berichterstattungen, Analysen in Medien und Statements politischer Repräsentanten nicht zu berücksichtigen, trägt nicht nur dazu bei, dass die soziale und politische Realitäten von Kurd*innen nicht ernst genommen werden, sondern führt auch dazu, dass Menschen gefährdet, verfolgt und getötet werden.

Forderungen

Als Verband der Studierenden aus Kurdistan und Studierende Frauen aus Kurdistan rufen wir daher dazu auf, die Geschehnisse in Rojava wahrheitsgemäß an die Öffentlichkeit zu tragen und gegen die Invasion der Türkei und ihrer Kollaborateure zu handeln, d.h. auch hier die Rolle Deutschlands ins Visier zu nehmen.

Denn nur die internationale Öffentlichkeit und Solidarität wird Freiheit von Ausbeutung, Faschismus und Unterdrückung, die Befreiung der Frau und die Einheit von Mensch und Natur nachhaltig gewährleisten können.

Die wichtigste Schlussfolgerung für die Zukunft ist, dass der Kampf in Rojava Teil des weltweit organisierten internationalen Prozesses wird.

Da genügen Worte nicht – es ist positioniertes Handeln und ein aufklärender Einblick hinter die Fassaden der türkischen Politik gefragt. Denn Erdoğan's gezielter Kriegszug gegen ethnische, politische und religiöse Minderheiten in der Türkei ist eine systematische Menschenjagd und sollte Thema einer jeden öffentlichen Institution und Privatperson sein.

Daher fordern wir und rufen Menschen aktiv zum Handeln auf für:

- **den Rückzug der türkischen Armee aus Syrien**
- **eine Flugverbotszone über Rojava**
- **eine klare Verurteilung der türkischen Aggression als das, was es ist: Ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg**

- das Stoppen der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Türkei
- die Unterbindung der Verbreitung von türkischer Propaganda in der BRD
- Öffentlichkeit für das alternative Gesellschaftsmodell in Rojava
- die Freilassung von politischen Gefangenen in der Türkei

- den sofortigen Exportstopp für Kriegswaffen in die Türkei
- das Ende der Kriminalisierungspolitik gegenüber Kurd*innen und Menschen und Solidarisierenden
- die Aufhebung des PKK-Verbots

Für weitere Informationen und bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

E-Mail: info@yxkonline.de / jxk@riseup.net
Twitter: JXKofficial / YXK__official
Instagram: xwendekaren / jinenxwendekaren

Facebook: YXK - Verband der Studierenden aus Kurdistan / JXK - Studierende Frauen
aus Kurdistan
Telegram-Kanal: t.me/yxkonline
Homepage: <http://www.yxkonline.org>